

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 3

Erste Beratung

**Terrorangriff in Halle – Antisemitismus und allen
weiteren Formen von Menschenverachtung
entschieden entgegentreten!**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP – Drs. 18/4845

während der Plenarsitzung vom 23.10.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

mit dem hier zu beratenden Antrag „Terrorangriff in Halle – Antisemitismus und allen weiteren Formen von Menschenverachtung entschieden entgegenzutreten!“ setzen die vier demokratischen Fraktionen des Niedersächsischen Landtages ein gemeinsames starkes Zeichen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft.

Mein Dank geht hier an die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen für diese Initiative.

Dass es nach über 70 Jahre nach der Befreiung vom nationalsozialistischem Terrorregime – immer noch und wieder vermehrt – zu antisemitisch motivierten Straftaten kommt, zeigt uns deutlich, dass alle Demokratinnen und Demokraten für eine wehrhafte Demokratie eintreten und kämpfen müssen!

Anrede,

unsere Gedanken sind bei den beiden Opfern des Anschlages in Halle, und unser Mitgefühl gilt deren Familien und Freunden.

Dieser Anschlag ist eine Schande für unser Land. Eine Schande, dass solche Taten auch heute noch geschehen können. Es ist für mich unerträglich, dass Menschen jüdischen Glaubens in unserer Gesellschaft nicht frei und unbekümmert ihren Glauben leben können, sondern durch Hass und Gewalt bedroht werden.

Jom Kippur ist der höchste jüdische Feiertag. Jom Kippur ist ein Tag der Stille. An diesem Feiertag wurden über Stunden unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in einer Synagoge im Paulusviertel von Halle in Angst und Schrecken versetzt. Zwei Menschen wurden sinnlos getötet.

Anrede,

wir alle sind aufgerufen, für eine wehrhafte Demokratie einzutreten, weiter eine aktive Zivilgesellschaft zu fördern, und weiter unserer gesellschaftlichen Verantwortung, die auch wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter haben, in unserem Handeln gerecht werden. Kein Fußbreit dem Rechtsextremismus und kein Fußbreit den Feinden unserer demokratischen Verfassung!

Diese Notwendigkeit des Einstehens für eine demokratische Gesellschaft zeigten uns die schrecklichen Taten des rechtsradikalen Mannes in Halle vor zwei Wochen sehr deutlich. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass ich gegen die Bezeichnung eines „verirrten Einzeltäters“ bin! Hierbei handelt es sich um einen radikalisierten Mann, der sich durch Propaganda und antisemitische Hetze in rechtsradikalen Netzwerken des Internets sein krudes Weltbild aufgebaut hat.

Taten werden erst denkbar, dann sagbar und dann machbar.

Es ist deutlich zu erkennen, dass antisemitische Straftaten oft klar dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sind. Beispielhaft die Zahlen aus dem Jahr 2017 aus Niedersachsen: Insgesamt 129 antisemitische Straftaten, und davon waren 120 dem rechten Spektrum zuzuordnen.

Anrede,

die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben, doch gibt es auch klare Grenzen im freien und demokratischen Diskurs. Diese Grenzen sind in den rechtsradikalen Netzwerken schon meilenweit überschritten.

Leider kommt es auch im Alltäglichen schrittweise zu Grenzverschiebungen des Sagbaren und der tolerierbaren Meinung. Hier müssen wir alle Sorge tragen, dass der politische Streit über verschiedene Meinungen um uns herum in der Familie, bei der Arbeit, in der Kneipe oder im Restaurant und nun vermehrt in sozialen Netzwerken die demokratischen Grenzen nicht überschreitet.

Anrede,

die aktuelle Situation über die Verrohung unserer Sprache und die daraus folgenden Taten hat unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier letzte Woche sehr passend beschrieben. Zitat:

„Die Aufkündigung des demokratischen Konsenses erfolgt – auch in unserem Land – nicht auf einen Schlag. Sondern sie erfolgt sukzessive, durch viele kleine Nadelstiche: hier eine Herabsetzung des Gegenübers, dort eine historische Relativierung, dann eine Verächtlichmachung des politischen Systems, schließlich eine Verhöhnung der Opfer von Gewalttaten.“

Anrede,

ich begrüße es außerordentlich, dass man sich auf Bundesebene nun deutlich mehr um die Umsetzung des geltenden Rechts im Internet konzentrieren will. Es muss deutlich gezeigt werden, wie das Gleichgewicht von Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz gewahrt wird und dies zwei Seiten derselben Medaille sind. Strafbare Äußerungen im Netz müssen konsequent geahndet werden, um auch dem geistigen Nährboden von Diffamierungen, Hass und Gewalttaten entgegenzuwirken.

Deswegen begrüße ich die von der Bundesjustizministerin Christine Lambrecht angekündigte Verschärfung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes dahingehend, dass soziale Netzwerke in der Pflicht sind, Morddrohungen und Volksverhetzung den Strafverfolgungsbehörden zu melden.

Auch die von Bundesministerin Lambrecht angekündigte Änderung des § 188 StGB soll Kommunalpolitiker in Zukunft besser vor Verleumdung und übler Nachrede schützen. Zugleich ist es wichtig, den Menschen den Rücken zu stärken, die sich seit Jahren gegen Hass und Hetze ehrenamtlich engagieren. Mit dem geforderten Demokratiefördergesetz von Bundesministerin Franziska Giffey kommen gute Signale vom Bund, dass das ehrenamtliche Engagement für eine aktive Zivilgesellschaft gestärkt wird.

Anrede,

in Niedersachsen ist der Schutz von jüdischen Gemeinden und das Leben von Religionsfreiheit von oberster Priorität. Die Fraktionen und die Landesregierung sind in engem und guten Kontakt zu den hiesig ansässigen jüdischen Gemeinden. Bereits vor dem rechtsradikalen Anschlag von Halle haben wir intensive Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden zu möglichen Erweiterungen von Sicherheits- und Schutzmaßnahmen geführt.

Seien Sie sicher, dass Sie uns auf Ihrer Seite haben. Wir lassen antisemitischen Hetzern und Tätern keinen Fußbreit! Und deshalb werden wir uns bei den anstehenden Haushaltsberatungen Ihren Bitten auf eine stärkere finanzielle Unterstützung nicht verschließen.

Und selbstverständlich werden wir uns mit den Vorschlägen der CDU zur Stärkung des Verfassungsschutzes auseinandersetzen. Allerdings warne ich auch ein bisschen davor, jetzt zu vorschnellen und überzogenen Reaktionen zu kommen.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit während der Vorgespräche zur Berufung des niedersächsischen Antisemitismusbeauftragten bedanken. Ich bin sicher, dass wir mit Herrn Dr. Franz Rainer Enste eine über alle Fraktionen hinweg wertgeschätzte Persönlichkeit gefunden haben, wenn er am dem 1. November dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!